

## Haushaltsrede zum Haushalt 2025 der Freien Wähler Aalen

**Gemeinderatssitzung am 19.12.2024**  
**Fraktionsvorsitzender Claus Albrecht**

***Sperrvermerk: Beginn der Rede***  
***Es gilt das gesprochene Wort***

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Laut den Wirtschaftsforschungsinstituten schrumpft unsere Wirtschaft dieses Jahr um 0,3 Prozent.

Dass wir in unserem Lande die guten Jahre nach der Finanzkrise bis zum Corona-Schock nicht genutzt haben, ist mittlerweile Allgemeingut.

Es wurde leider nicht in die Zukunftsfähigkeit des Landes investiert, sondern der Sozialstaat ausgebaut und eine Klima- und Energiepolitik betrieben, die davon auszugehen schien, dass die deutsche Wirtschaft jede beliebige Last stemmen kann.

Diese düsteren Prognosen werden verstärkt durch ständig neue Hiobsbotschaften aus Industrie, Gewerbe und Handel, dass zigtausende von Arbeitsplätzen wegfallen bzw. zumindest auf dem Spiel stehen.

Der Inhalt dieser Hiobsbotschaften fließt aber bis jetzt noch nicht ungebremst in die prognostizierten ordentlichen Erträge unseres Finanzhaushaltes ein.

Im Gegenteil:

Das städtische Gesamtsteueraufkommen soll nach vorgelegtem Haushaltsplan noch einmal rund 11 Millionen Euro oder 6,3 Prozent höher ausfallen als in diesem Jahr.

Wir von den Freien Wählern sind uns aber sicher, dass der Steueransatz für 2025 noch einmal deutlich nach unten korrigiert werden muss.

Denn halten wir uns vor Augen:

1 Prozent weniger deutsche Wirtschaftsleistung führt dauerhaft zu 10 Milliarden Euro weniger Steueraufkommen.

Noch einige Zahlen, die uns besonders beschäftigen:

Für das Jahr 2025 erwarten wir Erträge – ordentliche und außerordentliche - von insgesamt 253,1 Millionen Euro.

Dem stehen ordentliche Aufwendungen inklusive Transferleistungen von 261,8 Millionen Euro gegenüber.

In Anbetracht dieser Zahlen ist es für die Zukunft höchst beängstigend, dass die Aufwendungen die Erträge um 8,7 Millionen Euro übersteigen.

Und in diesem Zusammenhang gehört es auch zur Wahrheit:

Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein ganz erhebliches Ausgabenproblem!

Für Investitionen sind keinerlei Eigenmittel vorhanden, denn auch unsere gesamten Rücklagen wie Festgelder und Bausparguthaben wurden bereits in der Vergangenheit aufgebraucht. Höchst bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass man rund 15 richtig fette Jahre mit vorher nie dagewesenen Steuereinnahmen hinter sich hat.

Und deshalb muss man ab jetzt wieder einem einfachen ökonomischen Grundsatz folgen:

„Man kann auf die Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als man einnimmt.“

Mit anderen Worten:

„Auskommen mit dem Einkommen!“

Und man muss sich auch von der Frage verabschieden:

„Wer zahlt was?“ – und stattdessen die Frage beantworten:

„Was ist wirklich notwendig, also Pflichtaufgaben,“ und

„Was ist nur wünschenswert?“

Kontrovers kann man in Zeiten von Wirtschaftsrezession die von der Verwaltung vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung diskutieren:

- Falscher Zeitpunkt,
- im Städtevergleich zu hoch,
- völlig falsches Zeichen in schwieriger Wirtschaftslage,

ja, das sind Argumente, die tatsächlich bedacht werden müssen. Aber wir halten eine Erhöhung letztendlich für alternativlos, um auch auf der Einnahmenseite signifikante Verbesserungen zu erzielen.

Dies ist für uns bei der Betrachtung der wachsenden Schuldenstände - von 2023 34,6 Millionen Euro auf 2028 prognostizierte 159,25 Millionen Euro - eben auch von ganz besonderer Bedeutung.

Hinzu kommen noch nicht absehbare Risiken aus den Haushalten unserer Töchter.

Einer Erhöhung der Gewerbesteuer können wir nur zustimmen, wenn das Einsparpotential aus unseren Haushaltsanträgen Zustimmung findet.

## **Thema Investitionen / Transferaufwendungen:**

Glasklar gilt hier für uns der Grundsatz:

Die Abarbeitung der bereits für das Haushaltsjahr 2024 beschlossenen, aber noch nicht ausgeführten oder fertiggestellten Projekte gehört zur aller obersten Priorität, ebenso muss geschaffenes Stadtvermögen gepflegt und erforderliche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung an Grundschulen, Schulhaus-Sanierungen, Straßeninstandhaltung sind für uns wichtige kommunale Aufgaben, die wir selbstverständlich unterstützen.

Wir investieren gerne Geld in Bildung und Betreuung. Aber es kann in diesem Zusammenhang nicht sein, dass wir als Kommune immer mehr Pflichtaufgaben zu erfüllen haben, ohne entsprechende sichere Finanzausstattung von Bund und Land.

Dieser Zustand ist für uns völlig unbefriedigend.

Wir brauchen in Zukunft weitere Kitaplätze um die gesetzlichen Vorgaben in ausreichendem Maße zu erfüllen.

**Für die Betriebskosten der Kitas beantragen wir eine Einsparvorgabe von 10 Prozent gegenüber den Trägern, was zu 2,8 Millionen Euro Einsparungen führt.**

Um beim Bau und Umbau neuer Kitas die steigenden Baukosten besser in den Griff zu bekommen, müssen wir uns über die „Standards“ unterhalten.

**Wir beantragen:**

- a) bauliche Standards festzulegen, die für das gesamte Stadtgebiet gelten. Zielführend ist hier wieder eine Rückkehr zu landesweit üblichen Standards. Wir bitten die Verwaltung, dieses Potential schriftlich zusammenzustellen.**
- b) Bei Um- und Neubauten von Kitas müssen den Planern künftig verbindlich einzuhaltende Baukosten vorgegeben werden. Es kann nicht sein, dass sich Architekten hier ständig selbst verwirklichen.**

Ein drängendes Sanierungs-Thema besteht bei vielen Straßen mit maroden Straßenbelägen, die sich in einem mehr als unbefriedigendem Zustand befinden.

Der Erhalt und Ausbau von Straßen ist in unserem gesamten Stadtgebiet unerlässlich. Das Auto bleibt auch in der Zukunft das Rückgrat der Mobilität.

**Deshalb beantragen wir, die in die Jahre gekommenen Straßen Schritt für Schritt zu sanieren (jahresübergreifend). Wir bitten die Verwaltung, uns im Laufe des ersten Halbjahres 2025 aufzuzeigen, welche Straße wann mit bereits eingepreisten Haushaltsmitteln saniert werden soll.**

**Des Weiteren beantragen wir beim geplanten Radwegeausbau „Globale Minder-Ausgaben“ für 2025 in Höhe von 500.000 Euro.**

## **Thema Aufwendungen und Kosten:**

Bei den Personalaufwendungen haben wir neben einer bedeutenden Veränderung der Aufgabenstellungen und auch geschuldet durch entsprechende Tarifierhöhungen, deutliche und teils ungebremste Steigerungen. So haben sich die Personalkosten in den letzten sieben Jahren fast verdoppelt. Dieser Entwicklung müssen wir mit aller Macht entgegenwirken.

Auch wenn es weh tut:

**Wir beantragen für das nächste Haushaltsjahr keinerlei weitere Stellenausweitungen zu beschließen.**

Wohl wissend, meine Damen und Herren, dass wir als Kommune immer mehr Pflichtaufgaben zu erfüllen haben.

Aber außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Entscheidungen und außergewöhnliches Handeln.

Auch wir haben natürlich realistisch vor Augen, dass insbesondere das Bürgeramt – mit oft stundenlang wartenden Besuchern – nicht ausreichend personell besetzt ist.

Auch in Punkto Sicherheit sind mit der Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes – was wir nachdrücklich unterstützen – laut Verwaltung zusätzliche Stellen im Stellenplan erforderlich.

Wir forderten schon in den vergangenen Jahren zu überprüfen, wie sich die Aufgabenfelder der einzelnen Mitarbeiter verändert haben und welche Stellen beim Ausscheiden eines Mitarbeitenden nicht mehr besetzt werden müssen.

Unsere Fraktion hat allerhöchsten Respekt vor dem großen Engagement aller städtischen Mitarbeitenden. Aber einen weiteren Personalaufwuchs verkraftet unser städtischer Haushalt zumindest momentan nicht.

**Auch müssen wir in diesem Zusammenhang die freiwillig bezahlte Pausenregelung auf den Prüfstand stellen - nicht, weil wir sie den Mitarbeitenden nicht gönnen, sondern weil wir es uns einfach finanziell nicht leisten können.**

**- Einsparpotential rund 1 Million Euro**

**Thema Hirschbadbad:**

Nach vielen Bürgergesprächen nehmen wir Folgendes wahr:

Die Bürger beschäftigt sehr die Frage der zu erwartenden Eintrittspreise, aber nicht weniger besorgt sind sie über anfallende Parkgebühren.

**Wir beantragen, die künftigen Parkgebühren im Hirschbachbad zumindest zu einem Teil beim Besuch des Bades zu vergüten.**

**Wir bitten, die geplanten Eintrittspreise fürs Hirschbachbad zeitnah zu beschließen und den Bürgerinnen und Bürgern umgehend bekannt zu machen.**

## **Thema Klimawandel:**

Extremwetter wie Starkregen mit erhöhter Unwettergefahr, aber auch Hitzeperioden haben uns auch in diesem Sommer wieder vor neue Herausforderungen gestellt.

Wir müssen deshalb unsere Strategie im Umgang mit dem Klimawandel ändern. Bislang haben wir uns vor allem darauf konzentriert, die CO<sup>2</sup>-Emissionen zu senken. Wir müssen aber jetzt zunehmend versuchen, uns an die Folgen der Erderwärmung anzupassen.

Es ist sichtbar, dass die Extreme in alle Richtungen zunehmen werden, und zwar in einer Geschwindigkeit, die wir uns nur schwer vorstellen können. Deshalb kommen wir nicht umhin, uns ernsthaft auf allen Ebenen mit Klimaanpassung zu beschäftigen, um solchen Ereignissen begegnen zu können. Es geht hier am Ende auch um den Schutz von Menschenleben.

**Wir bitten die Verwaltung zu prüfen und uns Bericht zu erstatten, wie wir in unserer Stadt auf die unterschiedlichsten Szenarien, wie z. B. Hochwasser bei Starkregen (z. B. Auswirkungen aufs Kanalnetz), Überschwemmungen, vorbereitet sind.**

**Wir bitten daraus abgeleitet einen Notfallplan für die Aalener Bürgerinnen und Bürger zu erstellen.**

## **Thema Energieeffizienz bei Gebäuden:**

Die Wärmepumpe gilt als zentrales Element für die Wärmewende, als wichtige Technologie, um den Klimawandel zu bekämpfen. Doch leider hat sich der Absatz 2024 nahezu halbiert. Und die Verunsicherung unter Verbrauchern ist immer noch sehr groß – das zeigt eine aktuelle Umfrage.

### **Unser Antrag:**

**Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, bei welchen städtischen Gebäuden die Heizung ohnehin in absehbarer Zeit ausgetauscht werden muss und dann durch eine Wärmepumpe ersetzt werden kann.**

Hilfestellung kommt vom Bund durch die ausgeweitete Förderkulisse. So sollen 70 Prozent der Anschaffungs- und Installationskosten erstattet werden, wenn eine neue Wärmepumpe eingebaut wird. So hoch waren die Fördergelder noch nie. Wie lange das noch gilt ist allerdings offen. Deshalb müssen wir diese hohe Förderquote unbedingt nutzen.

### **Thema Innenstadt:**

Um die Attraktivität unserer Innenstadt zu steigern, muss das Augenmerk konsequent auf Sauberkeit, Sicherheit, eine hohe Aufenthaltsqualität und gute Erreichbarkeit gelegt werden.

Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem neuen Gaulbad bringen wir wieder mehr erlebbares Wasser und neue Aufenthaltsqualität in die Stadt. Die geplanten zusätzlichen Spielgeräte und das Spielehaus unterstützen wir gerne. Aber das darf für unsere Innenstadt nicht alles sein.

## **Thema Industrie- und Gewerbeflächen:**

### **Unser Antrag:**

**Uns ist es wichtig, dass im gesamten Stadtgebiet ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stehen.**

Nur so ist es möglich, expandierende Unternehmen und Gewerbebetriebe hier im Stadtgebiet zu halten bzw. neue anzusiedeln.

- Gewerbegebiet Ebnat
- Gewerbegebiet Bromfeld Waldhausen
- Gewerbegebiet Fachsenfeld
- Gewerbegebiet Aalen

## **Thema bezahlbarer Wohnraum:**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wir als Stadt haben die Verantwortung dafür zu sorgen, dass alle Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, Zugang zu angemessenem bezahlbarem Wohnraum haben.

**Durch den Bau von bezahlbarem Wohnraum können wir aktiv eine gerechtere und stabilere Wohnungsmarktsituation schaffen und so langfristig zur sozialen und ökologischen Stadtentwicklung beitragen.**

**Dafür brauchen wir von der Verwaltung aber auch belastbare Zahlen:**

- 1. Wieviele neue Wohnungen brauchen wir in den nächsten 5 Jahren?**
- 2. Wieviel davon sollen / müssen gefördert sein?**

Das „Aalener Modell“ bezuschusst die Investoren beim Neubau von gefördertem Wohnraum mit 180 Euro je Quadratmeter gebauter Wohnfläche.

Da melden wir dringenden Gesprächsbedarf an.

## Schluss

Zum Schluss möchte ich unsere Stadtkämmerin Frau Faußner zitieren, die uns in ihrer Haushaltsrede klar und unmissverständlich mit den Worten: „Sparen, sparen, sparen“ ins kommunalpolitische Gewissen redete.

Aus diesem Grunde stellen wir, die Fraktion der Freien Wähler, heute keine haushaltsbelastenden Anträge. Stattdessen wollen wir die Spitze der Verwaltung, aber auch all‘ die städtischen Mitarbeitenden ermutigen und bitten, das vorgelegte Zahlenwerk bezüglich der Ausgaben weiter zu optimieren und spürbares Einsparpotenzial zu identifizieren.

Wir sind uns sicher, dass es mit Hilfe und Einbeziehung aller Beschäftigten gelingen wird, die Ausgaben wieder an die Leistungsfähigkeit unserer Stadt anzupassen. Dazu ist es notwendig, alle Aufwendungen auf den Prüfstand zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
in Zeiten wirtschaftlicher Herausforderungen stehen wir als Gemeinderat vor der Aufgabe, die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu sichern. Dies muss als fraktionsübergreifendes Ziel verstanden werden.

Wir von den Freien Wählern stehen dazu und danken allen, die mit dazu beitragen, diese hoffentlich schnell vorübergehende Krise zu meistern.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.